

R e d e

des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, E. A. Schewardnadse,
Warschau, 19. März 1986

Verehrte Kollegen!

Liebe Freunde!

Der sehr freundliche Empfang, der uns von den polnischen Genossen bereitet wurde, ruft bei uns ein Gefühl herzlicher Dankbarkeit hervor.

Unser Treffen wird durch die Zeit seiner Durchführung selbst begünstigt. Erst vor kurzem, während der Beratungen des XXVII. Parteitages der KPdSU, fanden Gespräche der höchsten Partei- und Staatsführer unserer Länder statt. Der in Moskau durchgeführte Meinungs austausch ist von grundsätzlicher Bedeutung. Die Praxis des kameradschaftlichen Dialogs der führenden Repräsentanten der Bruderstaaten erfuhr eine neue Entwicklung. Vervollkommenet wird der Mechanismus der Koordinierung unserer gemeinsamen Anstrengungen, der Ausarbeitung der Strategie und des gemeinsamen Vorgehens in der gegenwärtigen Situation.

In diesem Zusammenhang möchte ich von der großen Bedeutung der Parteitage der Bruderparteien sprechen. Jeder dieser Parteitage ist ein historisches Ereignis nicht nur im Leben des konkreten sozialistischen Landes, sondern für unsere gesamte Gemeinschaft, für die Weltgemeinschaft insgesamt.

So sind die politischen Maßstäbe der bereits durchgeführten Parteitage der Bruderparteien Rumäniens, Ungarns und Kubas. So ist für die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems - davon sind wir überzeugt - die Bedeutung der in naher Zukunft stattfindenden Parteitage der Bruderparteien der Tschechoslowakei, Polens, Bulgariens,

der Deutschen Demokratischen Republik, der Mongolei, Laos und Vietnams.

In der Sowjetunion erwartet man viel von diesen Foren, betrachtet man sie als Faktoren der Beschleunigung unseres gemeinsamen Voranschreitens.

Unter diesem Zeichen verlief auch der XXVII. Parteitag unserer Partei. Die Begriffe "neuererhaft", "umwälzend" geben am präzisesten Geist und Stimmung dieses Parteitages wider. Der politische Bericht des Genossen Michail Gorbatschow an den Parteitag und die dort angenommenen programmatischen Dokumente bestimmten die Strategie der Innen- und Außenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates für viele Jahre im voraus.

Sie wissen, wie scharf die Kritik der Ursachen und Faktoren war, die die Schwierigkeiten und negativen Prozesse in der sozial-ökonomischen Entwicklung des Landes in den 70er und am Anfang der 80er Jahre hervorgerufen hatten. Doch bei aller Schärfe der kritischen Analyse wurde das machtvolle konstruktive Element bei der Ausarbeitung der Konzeption der beschleunigten Entwicklung des Landes, ihrer praktischen Realisierung zur Hauptsache für den Parteitag.

Bis zum Jahre 2000 wird sich der Umfang der Produktion in der Sowjetunion verdoppeln. Es steht die Aufgabe, die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems zu verbinden. Angenommen wurde eine Reihe wichtiger Beschlüsse bezüglich der Vervollkommnung der Planung, der Investitionspolitik, der Stimulierung hoch-effektiver Arbeit und der schöpferischen Masseninitiative.

Der neuererhafte Charakter des Parteitages zeigte sich in aller Breite auch in der Analyse der internationalen Situation. Durch die Instrumente des neuen Denkens wurden die grundlegenden Wider-

sprüche und Tendenzen der gegenwärtigen Welt aufgedeckt. Ihre tiefgründige marxistisch-leninistische Analyse ermöglichte es, grundsätzlich wichtige theoretische und praktische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Die Außenpolitik, die durch die Bedürfnisse der Innenpolitik gestaltet wird, muß dem Volk die Möglichkeit garantieren, unter den Bedingungen dauerhaften Friedens und der Freiheit zu arbeiten.

Die Realitäten des Nuklearzeitalters sind so, daß sie die Möglichkeit, die Sicherheit nur durch militär-technische Mittel zu gewährleisten, ausschließen. Das ist eine politische Aufgabe, die nur durch politische Mittel zu lösen ist.

Von größter Bedeutung ist die Schlußfolgerung des Parteitages, wonach in der internationalen Arena objektive Bedingungen entstanden sind, unter denen die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus nur und ausschließlich in den Formen des friedlichen Wettbewerbs und des friedlichen Wett-eiferns stattfinden kann.

Der Frieden ist das höchste Klasseninteresse des Sozialismus, das sich aus seiner ureigensten Natur und seinen Zielen ergibt.

Die im Politischen Bericht erarbeitete in sich geschlossene Konzeption der Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit ist eine praktische Anleitung zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz als höchstes universelles Prinzip der zwischenstaatlichen Beziehungen. Auf den grundsätzlichen Grundlagen dieses Systems können die Beziehungen auf militärischem, politischem, ökonomischem und humanitärem Gebiet gestaltet werden.

Besonders teuer ist uns die Idee, daß die demokratischen Prozesse in unserer Gesellschaft von der Erweiterung und Vertiefung der Demokratisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen nicht zu trennen sind.

Das betrifft in erster Linie die Demokratisierung im Rahmen der sozialistischen Gemeinschaft. Die Hauptkomponenten dieser Tendenz müssen unseres Erachtens in einer breiten und operativen gegenseitigen Information, in prinzipiellen Konsultationen bei der Ausarbeitung abgestimmter Beschlüsse, in einer hohen Aktivität jedes Landes bei der Realisierung des gemeinsamen Kurses und natürlich in der Verantwortung unserer Staaten für die Angelegenheiten der Gemeinschaft zum Ausdruck kommen.

Die kollektiv ausgearbeiteten außenpolitischen Positionen der Bruderländer lassen ein Bild vom Sozialismus erkennen, das im Bewußtsein der Menschheit, und in erster Linie unserer eigenen Völker, mit Frieden assoziiert wird. Daraus ergibt sich die Zuversicht, daß im Prozeß des Voranschreitens zur Festigung der allgemeinen Sicherheit auch die spezifischen Probleme gelöst werden, die die Bevölkerung unserer Länder bewegen.

Es gilt, diesen Gedanken unserer gesamten Öffentlichkeit, jedem Bürger nahezubringen. Nur in diesem Falle können wir auf eine wirklich vom ganzen Volk ausgehende positive Unterstützung unserer Völker zählen.

Mit besonderer Genugtuung stellten wir auf dem Parteitag fest, daß nach dem April-Plenum des Zentralkomitees unserer Partei in den gegenseitigen Beziehungen zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft neue positive Qualitäten zutage treten. Unsere Partei beabsichtigt, mit allen Mitteln die Hinwendung zur achtungsvollen Einstellung gegenüber den Erfahrungen und Errungenschaften jeder Bruderpartei und jedes Landes zu unterstützen, die Praxis

des operativen kameradschaftlichen Meinungs-austausches über den gesamten Komplex des sozialistischen Aufbaus zu vertiefen und den Inhalt der Beziehungen zwischen den Parteien und Staaten auf allen Ebenen zu bereichern.

Der XXVII. Parteitag der KPdSU rief im Lande besonderen Elan und Enthusiasmus hervor. Die Menschen nahmen die Beschlüsse des Parteitages als ihre ureigenste Sache an. Für jeden Kommunisten, für jeden Werktätigen besteht das Lebenskredo in den Worten des Genossen Michail Gorbatschow: "Das Wichtigste ist jetzt, die Energie der Ideen in konkrete Taten umzuwandeln".

Ich denke, Genossen, Sie stimmen mir zu, daß die Etappe, in die die sozialistischen Länder jetzt eingetreten sind, sich grundlegend von der vorangegangenen Situation unterscheidet.

Wenn wir selbstkritisch sein wollen, müssen wir zugeben: In den letzten Jahren ist es wegen der Vielzahl Probleme und Sorgen, Initiativen und Unternehmungen, kurzum, wegen der sehr hohen Aktivität in den internationalen Angelegenheiten nicht immer gelungen, das klare Erkennen des Hauptziels der sozialistischen Länder, der Hauptorientierungen, der führenden historischen Mission des Sozialismus an die breitesten Massen heranzutragen. Ist doch, um die Wahrheit zu sagen, auch die in Mode gekommene Konzeption der sogenannten gleichen Verantwortung in gewisser Weise auch ein Vorwurf gegen uns. Weil es keine Gleichheit zwischen Sozialismus und Kapitalismus in der Frage der Verteidigung des Friedens und der Gewährleistung der Sicherheit der Völker geben kann. Und wenn man uns hier mit irgend jemandem gleichzusetzen versucht, ist das für uns ein Alarmsignal. Das heißt, wir haben hier in unserer Arbeit vieles noch nicht bis zu Ende gedacht.

Heute hält der Sozialismus das Banner seiner friedensschaffenden Mission erneut hoch. Diese Mission ist für ihn natürlich und organisch aufgrund seiner ureigensten Natur. Darin liegt die historische Bedeutung der Konzeption einer kernwaffenfreien Welt, einer Welt, die frei von chemischen Waffen ist, die Bedeutung der Grundlagen der Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit, die in der Erklärung des Genossen Michail Gorbatschow vom 15. Januar und im Politischen Bericht an den XXVII. Parteitag unserer Partei entwickelt wurden.

Der Sozialismus verfügt über ein in sich geschlossenes, realistisches und praktisch durchführbares Programm zur grundsätzlichen Umgestaltung der internationalen Beziehungen, das über die Lösung militärisch-politischer Probleme weit hinausgeht. Es bricht entschlossen mit der Philosophie einer Weltordnung, die durch Gewalt und Abschreckung erhalten wird.

Eine sozialistische Macht, die über ein mächtiges Kernwaffenpotential verfügt, erklärt, daß sie bereit ist, auf dieses zu verzichten. Das ist keine Phrase, keine Pose, keine Geste, sondern eine zutiefst durchdachte Entscheidung, die in voller Einsicht der auf uns liegenden Verantwortung für die Geschicke des Friedens und Sozialismus getroffen wurde.

Wir sagen: Der Frieden entspricht den höchsten Klasseninteressen des Sozialismus, der Frieden ist sein Hauptziel. Wenn man vom neuen politischen Denken spricht, dann ist das sein konkreter Ausdruck, der durch die gesamte Struktur und den Inhalt der Arbeit des XXVII. Parteitages verankert und durch ihn in den Bereich der außenpolitischen Praxis der Sowjetunion übertragen wurde.

Von jetzt an wird der Kampf um die Realisierung des vom Generalsekretär des ZK der KPdSU unterbreiteten Programms der Vernichtung der Kernwaffen und aller Arten von Massenvernichtungs-

waffen und zur Abwendung der Kriegsgefahr für viele Jahre im voraus die Hauptrichtung der Außenpolitik der UdSSR.

Wir führen das Gespräch im Kreise unserer Gesinnungsgenossen und Verbündeten. Das ist ein ehrliches, offenes und vertrauensvolles Gespräch. Mit aller Aufrichtigkeit möchte ich sagen: Weder am Tag der Annahme dieses nicht einfachen umwälzenden Beschlusses noch in den vergangenen Monaten angespannter Arbeit zur Erläuterung unserer Vorschläge hegten wir Illusionen bezüglich der ersten Reaktion des Westens.

Unser Glaube an die Realität des Kernwaffenbefreiungsplanes gründet sich auf die Gewißheit, daß wir das militärisch-strategische Gleichgewicht bei jeder Entwicklung der Lage halten können. Das ist von grundsätzlicher Bedeutung.

Der Weg zur Befreiung der Erde von Kernwaffen ist lang und sehr schwierig, doch wir haben die Ausdauer, die Geduld, den politischen Willen und die Energie, um diesen Weg bis zu Ende zu gehen.

Doch jetzt befinden wir uns erst an seinem Anfang.

Obgleich heute die hauptsächlich westlichen Opponenten gegenüber unseren Vorschlägen unvernünftigerweise taub sind, hoffen wir, daß früher oder später politischer Realismus ein ausgewogeneres und flexibleres Herangehen diktieren wird.

Wir wissen, daß wir im Gleichklang mit der Mehrheit der Menschheit denken und handeln. Und wir sehen heute, daß das auf dem XXVII. Parteitag unterbreitete Programm, einschließlich des konkreten Planes zu einer etappenweisen nuklearen Abrüstung, zu einer materiellen Kraft wird und eine neue psychologische Atmosphäre und politische Situation erzeugt.

Ich sagte auf dem XXVII. Parteitag und möchte das auch hier wiederholen: Die Gedanken, die in der Erklärung des Genossen Michail Gorbatschow dargelegt wurden, entstanden im Verlaufe eines kameradschaftlichen Dialogs der sowjetischen Führung mit den Führern der Bruderstaaten, sie drücken die abgestimmte Meinung unserer Gemeinschaft aus. Und uns begeistert, daß dieses radikale und zugleich realistische Programm, das völlig dem Geist der Prager Deklaration und der Erklärung der Sofioter Tagung des PBA entspricht, von den Staaten des Warschauer Vertrages als wichtigste gemeinsame Richtung der außenpolitischen Tätigkeit aufgenommen wurde.

In diesem Zusammenhang möchte ich die wachsende Bedeutung der politischen Zusammenarbeit der Staaten unseres Bündnisses hervorheben. Diese Seite der Tätigkeit des Warschauer Vertrages war stets von grundlegender Bedeutung, war aufs engste mit seiner Funktion als Verteidigungsschild der brüderlichen Gemeinschaft, als Garant unserer gemeinsamen Sicherheit verbunden. So wird es auch künftig sein. Zugleich sollten wir, wie uns scheint, unter den jetzigen konkreten Bedingungen unsere Aufmerksamkeit auf die Vervollkommnung der Formen und Methoden unserer politischen Zusammenarbeit richten, um ihr eine höhere Dynamik zu verleihen und die Effektivität unserer gemeinsamen Arbeit zu erhöhen. Das ist, so kann man sagen, ein Gebot der Zeit. Es ergibt sich aus den Realitäten der Gegenwart und aus der auf diese Realitäten fußenden grundsätzlichen Schlußfolgerung, wonach eine echte Sicherheit im Nuklearzeitalter und in einer Welt ohne Kernwaffen, zu der wir in der Endkonsequenz kommen werden, nur und ausschließlich mit politischen Mitteln gewährleistet werden kann. Unter diesen Bedingungen wird auch unser politisches Zusammenwirken im Rahmen des Warschauer Vertrages mehr denn je zu einem Faktor der Festigung der internationalen Sicherheit.

Wir alle wissen, daß selbst die besten Ideen bei weitem nicht mit einer guten Politik gleichzusetzen sind. Um eine Initiative in die Kategorie der Politik zu überführen, muß man sie "auf Räder stellen", muß man sie mit dem Motor der praktischen Realisierung ausrüsten.

Wir berücksichtigen dies, indem wir an den Kampf um das Voranbringen der Konzeption einer kernwaffenfreien Welt herangehen.

Hierbei müssen wir stets davon ausgehen, daß der Kampf um die Erreichung eines konkreten praktischen Zieles geführt wird - die Liquidierung der nuklearen und chemischen Waffen, die Nichtzulassung des Wettrüstens im Weltraum, Übergang zu nichtmilitärischen Methoden der Gewährleistung der Sicherheit.

Anscheinend ist das eine offenkundige Sache, doch für uns ist es in unserer praktischen Politik besonders wichtig, festzulegen, wie wir zu handeln haben. Zum Beispiel ist das Schwergewicht auf die Arbeit mit der Weltöffentlichkeit zu legen, um diese zu mobilisieren und so auf die Positionen der Regierungen einzuwirken. Der Kampf um die Weltöffentlichkeit, um die Hirne und Herzen der Menschen steht jetzt im Vordergrund unserer Politik.

Gleichzeitig gilt es, das Schwergewicht auf den Dialog mit den Regierungen westlicher Länder, und nicht nur westlicher, Länder zu legen.

Eine wichtige Aufgabe besteht unseres Erachtens jetzt darin, die Gegenargumente des Westens operativ zu entlarven. In einigen Fällen ist hier die Auswahl entsprechender Argumente und Beweise erforderlich, in anderen Fällen eine zusätzliche Durcharbeitung der Positionen, eine Präzisierung der Formulierungen und taktischen Flexibilität.

Ich versuche, das zu illustrieren.

So gebärden sich die Amerikaner unzufrieden darüber, daß wir im Zusammenhang mit der Lösung des Problems der nuklearen Mittelstreckenraketen die Frage aufwerfen, keine Kernwaffenrüstungen an Großbritannien weiterzugeben. Doch im SALT-II-Vertrag, den die amerikanische Seite bisher formell einhält, ist eine Bestimmung enthalten, daß er nicht umgangen werden darf, was eben das Verbot solcher Handlungen bedeutet, d. h. das Verbot der Weitergabe von Kernwaffen.

Ohne diese Bestimmung hat die Festlegung von Begrenzungen für nukleare Kräfte der Seiten wenig Sinn. Stellen wir uns einmal folgende hypothetische Situation vor: Unsere Beziehungen, sagen wir, zu China verbessern sich, und wir übergeben diesem Land mehrere Hundert moderner strategischer Raketen. Wie würden das die Amerikaner betrachten? Ich glaube, genauso, wie wir die Weitergabe von Kernwaffenrüstungen durch sie an Großbritannien betrachten.

Oder folgendes Beispiel.

Die westlichen Vertreter empören sich darüber, daß wir die Frage der Kernwaffenkräfte Großbritanniens und Frankreichs und ihrer quantitativen, ich betone, quantitativen Nichterhöhung aufwerfen. Hierbei ist das Hauptargument die "Nichtbeträchtlichkeit" dieser Kräfte. Aber man schweigt, wenn wir fragen, ob diese Kräfte nach wie vor unbeträchtlich sein werden, wenn die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika Reduzierungen auf 6000 Gefechtsladungen durchgeführt und Großbritannien und Frankreich ihre Kernwaffenrüstungen auf 1200 Gefechtsköpfe gesteigert haben werden.

Übrigens haben weder Großbritannien noch Frankreich bisher eine klare Erklärung abgegeben, daß sie bereit wären, ihre Kernwaffen vollständig zu beseitigen. Gleichzeitig zeichnet man in London und

Paris mit großem Enthusiasmus eigene Pläne für die Liquidierung der sowjetischen Kernwaffenkräfte.

Etwas komplizierter ist die Frage der konventionellen Rüstungen. Natürlich ist eine detailliertere kollektive Durcharbeitung dieser Frage im Rahmen unserer Konzeption einer kernwaffenfreien Welt erforderlich. Aber auch hier spielen die NATO-Vertreter falsch, indem sie weiterhin das Hirngespinnst verbreiten, wonach der Osten eine gewaltige Überlegenheit gegenüber dem Westen habe. In Wirklichkeit ist das überhaupt nicht so, aber leider haben wir es bisher nicht vermocht und nicht gelernt, die Lügenhaftigkeit derartiger Behauptungen zu entlarven.

Worauf spekulieren unsere Gegner? Sie erwecken und unterstützen den Eindruck, daß die sozialistischen Länder nur auf den Moment warten, da es keine nukleare Zügelung geben wird, um Westeuropa in Besitz zu nehmen. Daraus wird sogar eine Farce: Die BRD, die eine große Armee und modernste Waffen besitzt, erscheint in der Rolle eines solchen Waisenkindes, daß sich am meisten fürchtet, von sowjetischen Panzern zermalmt zu werden. Aber gerade bei Panzern und Flugzeugen besteht zwischen uns und der NATO in Europa völlige Parität.

Unsere Staaten und unsere Völker haben wie niemand sonst unter dem Krieg gelitten, und sie haben das Recht, zuverlässige Garantien zu verlangen, daß sie auch in Zukunft auch einen nichtnuklearen Krieg nicht zu fürchten brauchen.

Unsere Vorschläge haben den Westen, wie wir sagen müssen, in eine unbequeme Lage gebracht. Doch dort bedient man sich jetzt folgenden Tricks: Jeder versteckt sich hinter dem Rücken des anderen. In der Tat stellt sich heraus, daß sie nur bereit sind, über eine einzige Frage zu sprechen, nämlich über die Mittelstreckenraketen, doch mit solchen Vorbehalten und Einschränkungen, daß man den Eindruck gewinnt, daß sie eine Beseitigung dieser

Raketen überhaupt nicht wollen.

Gerade in der Frage der nuklearen Mittelstreckenraketen tritt insgesamt die unschöne Rolle mancher westeuropäischer Politiker zutage.

Unter Berücksichtigung dessen wäre es sicherlich richtig, unsere gemeinsame Arbeit mit ihnen stark zu aktivieren und darum zu ringen, daß sie deutlichere, realistischere Positionen in den Fragen der gegenseitigen Abrüstung einnehmen.

Damit unsere Anstrengungen in dieser Richtung wirksamer werden, werden wir, wie wir meinen, ein operatives System des Informationsaustausches und Arbeitskonsultationen einrichten müssen.

Es ist unseres Erachtens wichtig, die Frage der nuklearen Explosionen weiterhin in der aktiven politischen Zirkulation zu halten. Die Amerikaner können sich hier jetzt in keiner Weise verteidigen. Sie haben sich selbst an den Haken gehängt. Die Pose behalten sie bisher allerdings bei, sie tun so, als sei es ihnen gleichgültig, wie sie in den Augen der Weltöffentlichkeit aussehen.

Sie erinnern sich, in welche Gesellschaft sie in der Organisation der Vereinten Nationen bei der Erörterung der Resolutionen mit den Forderungen, die Durchführung von Kernwaffenversuchen einzustellen, geraten sind. In drei Fällen waren Großbritannien und Frankreich mit ihnen, und im vierten Fall mußten sich die Vereinigten Staaten von Amerika der Unterstützung Grenadas versichern. Die absolute Mehrheit der Staaten der Welt stimmte gegen die Kernwaffentests.

Sehr unbehaglich fühlen sich auch die westeuropäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten. Vor einigen Tagen war Botschafter Ruth, ein offizieller Bonner Abrüstungsspezialist, in Moskau. Unsere Genossen interessierten sich bei ihm dafür, wo die BRD in dieser Frage steht, wie ihre eigene Position ist.

Zuerst versuchte er diplomatisch, dieses Thema zu umgehen, doch als man ihn daran erinnerte, gab er zu, diesbezüglich nichts zu sagen zu haben.

Hat doch aber erst kürzlich dasselbe Bonn Washington aktiv das Wort geredet. Verbal trat es als Verfechter eines Verbots der nuklearen Explosionen auf und jammerte nur über unsere Unbeugsamkeit in der Frage der Kontrolle. Jetzt sind ihnen sozusagen die Worte weggeblieben. Wir haben die Probleme der Kontrolle endgültig von der Tagesordnung abgesetzt.

Vielleicht sollte man die jüngsten Äußerungen von NATO-Politikern aufgreifen und sie fragen, wie jetzt ihre Haltung zur Position der Vereinigten Staaten ist. Ich glaube nicht, daß ihnen eine solche Frage Freude machen würde.

In diesem Zusammenhang muß selbstkritisch bemerkt werden, daß wir es nicht immer vermögen, unsere Opponenten an die Wand zu drücken, daß wir sie nicht für ihren Opportunismus, ihre Inkonsequenz und ihre elementare Unehrenhaftigkeit bestrafen.

Hier haben wir in puncto Gegenseitigkeit noch viel aufzuholen. Sie legen einen solchen Edelmut uns gegenüber nicht an den Tag.

Mit allgemeinen Worten habe ich das Problem des Defizits in der Festigkeit unserer Positionen schon angesprochen. Eine Bestätigung dafür kann in gewisser Weise unsere Arbeit zur Zurückweisung der amerikanischen "Sternenkriegs"-Pläne sein. Mal feuern wir eine gut gezielte Salve, mal machen wir eine Atempause. Das ist natürlich nicht in Ordnung. Natürlich kann man selbst mit den besten Argumenten und mit der konsequentesten Arbeit dieses Programm nicht stoppen. Doch es erhebt sich die Frage: Erleichtern wir mit solchen Pausen nicht das Hinüberlaufen der westeuropäischen Länder in das Lager der amerikanischen kosmischen Zulieferfirmen? Und dieser Prozeß ist, wie Ihnen gut bekannt ist, jetzt im Gange.

Die Komplizenschaft an diesem Programm deckt man mit Hinweisen darauf, daß diese sich auf einzelne Firmen beschränke, die die Regierung angeblich nicht kontrollieren könne oder dürfe. Davon versuchte mich zum Beispiel Kanzler Kohl zu überzeugen. Doch er wußte nicht, was er auf meine Bemerkung erwidern sollte, daß seine Regierung sehr wirksam die Privatwirtschaft kontrolliert, wenn es um Exportlieferungen in die Sowjetunion geht. Es handelt sich um Spitzentechnologie, deren Weitergabe an uns die Amerikaner der westdeutschen Seite verbieten.

In dem Versuch, die Fortsetzung der Arbeiten zum Programm der "Sternenkriege" zu rechtfertigen, operieren die Amerikaner und ihre Verbündeten jetzt mit der These, daß man angeblich eine neue Formel der Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Rüstungsarten finden müsse. Wir stellen hier eine Gegenfrage: Gewährleistet etwa eine Parität auf niedrigerer Stufe nicht die internationale Stabilität? Warum soll eine neue Formel gesucht werden, wenn die bestimmende Bedeutung der Parität anerkannt wird? Möglich sind doch zwei Zustände: entweder Parität oder irgendjemandes Überlegenheit. Und festigen läßt sich die strategische Stabilität auf einfache Weise - durch die Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation unter den Bedingungen fortbestehender Parität.

Wie Sie sehen, Genossen, haben die Amerikaner und ihre Verbündeten keine allzu starken Argumente. Man kann darin leicht große Löcher finden, solche großen Löcher, daß aus ihnen die Konzeption der "militärischen Überlegenheit", von der sie sich öffentlich lossagen, herauskriecht.

Nun ein paar Worte zu den Verhandlungen über Kern- und Welt-
raumwaffen.

Eine prinzipielle Einschätzung der Ergebnisse der vierten Runde wurde, wie Sie wissen, im Bericht des Genossen Michail Gorbatschow an den XXVII. Parteitag unserer Partei vorgenommen.

Über die Details der Diskussionen in Genf hat der Leiter der sowjetischen Delegation, Botschafter Karpow, auf der Beratung der stellvertretenden Außenminister in Budapest informiert.

Ich möchte hier die Aufmerksamkeit auf einen, allerdings äußerst bezeichnenden Aspekt des Verlaufs dieser Verhandlungen lenken.

Die Amerikaner verbreiten in verstärktem Maße die Version, unsere Delegation lege bei den Verhandlungen in Genf die sowjetische Position härter dar, als dies in unserem öffentlichen Auftreten der Fall sei.

Das entspricht natürlich nicht der Wahrheit.

Wir nehmen bei den Genfer Verhandlungen eine flexible Haltung ein, suchen nach Wegen zu Vereinbarungen, schlagen Varianten und Kompromisse vor.

Das betrifft selbst unsere Position zu den Weltraumangriffswaffen. Sogar hier sind wir bereit, für den Anfang auf Teilschritte einzugehen, die in der Folge zu einer weitergehenden Lösung führen würden.

Unter Berücksichtigung der Äußerungen von Präsident Reagan, das Programm der strategischen Verteidigungsinitiative ziele keineswegs auf die Stationierung von Offensivwaffen im Weltraum ab, schlugen wir zum Beispiel den Amerikanern vor: Lassen Sie uns in erster Linie die Frage des Verbots ebendieser weltraumgestützten Offensivwaffen erörtern. Als Antwort folgte ein kategorisches Nein.

Wir haben ferner vorgeschlagen, bezüglich des Verbots von Satellitenabwehrmitteln übereinzukommen. Als Antwort hörten wir nicht schlechthin eine Absage, sondern die zynische Erklärung, die amerikanische Seite müsse über Mittel verfügen, die eine Bedrohung für die sowjetischen Satelliten darstellten, mit der Begründung, daß die sowjetischen Satelliten die Sicherheit

der Vereinigten Staaten bedrohen könnten.

Unter dem gleichen Vorwand weigert sich die amerikanische Seite, die Frage von Garantien für die Sicherheit der Satelliten sowie ihrer Immunität zu erörtern.

Dieses Verhalten unserer Partner kann man nicht anders werten als das Bestreben, jeglicher auch nur einigermaßen bedeutsamen Lösung zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum auszuweichen.

Wie Sie sicher bemerkt haben, nehmen die Schwierigkeiten in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, insgesamt gesehen, nicht ab. Die Handlungen der Administration werden, wie wir meinen, jetzt von ihrer Erkenntnis geprägt, daß die Zeit für Entscheidungen gekommen ist, die zu treffen sie nicht bereit ist. Daher auch ihre Nervosität, die provozierenden Ausfälle, die Ausbrüche antisozialistischer Rhetorik und die provokatorischen Aktivitäten schlechthin.

Die Frage des Treffens auf höchster Ebene ist jetzt zum Mittelpunkt der Auseinandersetzungen auf vielen Ebenen geworden. Unsere Haltung zu diesem Treffen ist von Genossen Michail Gorbatschow auf dem Parteitag unserer Partei dargelegt worden. Der Zeitpunkt der Durchführung des Treffens leitet sich ab von der Bereitschaft der amerikanischen Seite, die herangereiften Fragen der nuklearen Abrüstung praktisch zu lösen.

In Washington legt man sich Rechenschaft darüber ab, daß vor dem Hintergrund der bedeutsamen sowjetischen Initiativen die Weigerung der Vereinigten Staaten, auch nur einen Schritt auf dem Wege zur Beseitigung der Kernwaffen voranzugehen, die Position der gegenwärtigen Administration untergraben kann. Die Logik der Entwicklung des Dialogs, der Ereignisse überhaupt sieht so aus, daß man praktischen Schritten auf dem Gebiet

der Sicherheit zum jetzigen Zeitpunkt in keiner Weise mehr ausweichen kann. Das läuft jedoch den Bestrebungen der militaristischen Kreise zuwider. Sie haben eine geradezu mystische Furcht vor dem ersten Schritt zu Reduzierungen der Kernwaffen. Die Verfechter der "strategischen Verteidigung" sind sich jetzt schon nicht mehr sicher, ob es ihnen gelingen wird, ihr Geschöpf durchzubringen. Zumindest befürchten sie, daß sie ihre "Forschungsarbeiten" nicht in dem Ausmaß betreiben können, wie es das "Sternenkriegs-"Programm erfordert.

Jetzt komme ich zu den europäischen Angelegenheiten, wie wir sie sehen.

Ich bin überzeugt, daß unsere Einschätzungen der Entwicklung der Lage auf dem europäischen Kontinent nicht unterschiedlich sind. Für uns ist sie von erstrangigem Interesse. Hier befindet sich das Hauptbetätigungsfeld unseres Bündnisses.

Wie ist der prinzipielle Kurs der Europapolitik der Sowjetunion? Wie Genosse Michail Gorbatschow im Politischen Bericht des ZK an den Parteitag ausgeführt hat, sind wir dafür, "unter Wahrung des bereits angesammelten Kapitals weiterzugehen: von der ursprünglichen zu einer beständigeren Entspannungsphase, zur reifen Entspannung und dann zur Schaffung einer zuverlässigen Sicherheit auf der Grundlage des Helsinki-Prozesses und der radikalen Reduzierung nuklearer und konventioneller Rüstungen".

Seit der jüngsten Tagung unseres Komitees - und erst recht nach dem Treffen der führenden Repräsentanten unserer Länder in Sofia - sind die Möglichkeiten für die Erreichung dieses Ziels sozusagen um eine ganze Größenordnung gewachsen und haben eine neue Qualität erreicht.

Erstmalig eröffnete sich vor Europa die reale Perspektive der vollständigen Befreiung von Kernwaffen und der Bewahrung

vor dem Los, Schauplatz eines nuklearen Konflikts zu werden, das die Globalstrategie der Vereinigten Staaten für Europa bereithält. Schon allein dieses kann sich der Sozialismus als historisches Verdienst anrechnen.

Es ist jedoch auch eine Realität, daß gleichzeitig der Widerstand gegen den Kurs der sozialistischen Länder zur Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation und entschiedenen Gesundung der Lage in Europa zunimmt. In gewissem Sinne ist es für uns also nicht leichter geworden. Offensichtlich sind die Genossen auf diese Realität gestoßen und haben sie gespürt.

Ich habe bereits von dem gewachsenen Widerstand des Westens gegen unseren Vorschlag gesprochen, die amerikanischen und die sowjetischen Mittelstreckenraketen in der europäischen Zone zu beseitigen.

Natürlich sind durchaus nicht alle in Westeuropa darüber "besorgt", daß ihre Sicherheit leidet, würden die amerikanischen Atomraketen von europäischem Boden verschwinden und Großbritannien und Frankreich ihre Nuklearpotentiale nicht aufstocken. Beunruhigt ist jener Teil der führenden Kreise der NATO-Staaten, der sich aufs engste an die militaristischen Pläne und das Streben Washingtons nach Weltherrschaft, an die Interessen des eigenen militärisch-industriellen Komplexes gebunden hat. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch haben wir es mit einer spürbaren Verhärtung der Gesamtposition der NATO-Staaten, mit einer betonten Demonstration der sogenannten "atlantischen Solidarität" zu tun.

Aber auch die eigenen Aktivitäten der Europäer lassen aufmerken. In Regierungskreisen einer Reihe von NATO-Staaten und in den Führungsorganen des NATO-Blocks trägt man sich mit der Idee einer "Europäischen Verteidigungsinitiative", d. h. der Schaffung einer Raketenabwehr Westeuropas. Im Falle ihrer Verwirklichung hätten diese Pläne schlimmste Folgen. Darauf möchte ich die Aufmerksamkeit unserer Bruderstaaten lenken.

Angesichts des amerikanischen Drucks und zuweilen auch des unverhüllten Diktats sucht Westeuropa einen Ausweg vor allem durch Ausweitung und Vertiefung der Integration. Man muß eingestehen, daß es trotz der aufeinanderprallenden Interessen, gewisser Widersprüche und beträchtlicher Reibungen Westeuropa auch gelingt, diesen Prozeß, den Integrationsprozeß, voranzubringen.

Wir können dies nicht unberücksichtigt lassen, umso mehr als die westeuropäische Integration nicht nur die Gestaltung der allgemeinen Lage auf dem Kontinent, sondern auch eine ganze Reihe von Positionen direkt beeinflusst und sich immer spürbarer auf die Beziehungen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten Europas auswirkt. Offensichtlich ist ein Höchstmaß an Abgestimmtheit unserer Seite in den Angelegenheiten mit Westeuropa erforderlich sowohl in allgemeinen Fragen wie, beispielsweise, der Aufnahme direkter Kontakte zwischen dem RGW und der EWG, als auch in den Beziehungen mit den wichtigsten westeuropäischen Ländern, sei es auf politischem, ökonomischem oder anderen Gebieten.

Angesichts der Bedeutung, die die Lage in Westeuropa für unsere Länder hat, wäre es sicherlich sinnvoll, einen regelmäßigen Meinungsaustausch auf Arbeitsebene einzuführen, z.B. als Vorbereitung auf die turnusmäßigen Tagungen des Außenministerkomitees. Das könnte eine nützliche Hilfe sein.

Die Politik der verbündeten sozialistischen Staaten war und bleibt einer der wichtigsten Hebel zur Beeinflussung des allgemeinen politischen Klimas in Europa. Welche Höhen und Tiefen dieses Klima auch ausgesetzt sein mag, gerade die sozialistischen Länder mit ihrer Politik sind es, die in Europa als stabilisierender Faktor wirken. Dank der Politik der sozialistischen Länder gerade auf dem europäischen Kontinent reifen - vielleicht in stärkerem Maße als in irgendeinem anderen Teil der Welt - die objektiven Voraussetzungen für den zielstrebigsten Kampf zur Schaffung der Grundlagen eines Sicherheitssystems auf

militärischem, politischem, ökonomischem und humanitärem Gebiet heran.

Ich denke, gerade in dieser Richtung wird auch der von den Bruderstaaten ausgearbeitete gemeinsame Appell an die Staaten Europas, die Vereinigten Staaten und Kanada zur Frage der Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Europa wirksam werden.

Ich möchte nun ganz kurz auf Fragen des Helsinki-Prozesses eingehen. Nicht nur deshalb, weil uns dies auf der Sofioter Beratung des PBA aufgetragen wurde. Vor allem deshalb, weil der Helsinki-Prozeß für unsere Europa-Politik von prinzipieller Bedeutung ist. Sein Wesen wird in der Einschätzung der Schlußakte, die in der Erklärung M. Gorbatschows vom 15. Januar dieses Jahres enthalten ist, charakterisiert als "konkretes und greifbares Beispiel für eine neue Denkweise und politische Psychologie beim Herangehen an die Probleme des Friedens, der Zusammenarbeit und des internationalen Vertrauens".

Auf der Tagesordnung steht praktisch schon die Vorbereitung auf das im kommenden Herbst stattfindende Wiener Folgetreffen der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Der gesamteuropäische Prozeß ging aus der Initiative der sozialistischen Länder hervor; daran sollten wir denken. Und er verpflichtet gerade die sozialistischen Länder dazu, seine Lebenskraft zu erhalten. Es ist natürlich nicht schlecht, daß sich der Westen zu den Zielen und Bestimmungen der Schlußakte bekennt. Wir wissen jedoch sehr wohl, daß unter dem Deckmantel ähnlicher Erklärungen Versuche unternommen werden, sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder einzumischen und die sozialistische Gesellschaftsordnung, unsere Überzeugungen und Ideale zu diskreditieren. Solchen Versuchen werden wir auch weiterhin eine Abfuhr erteilen.

Zum Wiener Treffen: Es kann sich zu einem bemerkenswerten und sehr wichtigen Ereignis des gesamteuropäischen Prozesses gestalten. Wir müssen uns sorgfältig und gründlich darauf vorbereiten. Offensichtlich sind ein, möglicherweise auch mehr, spezielle Treffen unserer stellvertretenden Außenminister erforderlich, um die gemeinsame Position und die taktische Linie zu erarbeiten und abzustimmen.

Unseres Erachtens wäre es aber auch schon jetzt richtig, wenn sich unsere Länder als erste offiziell dafür aussprechen, daß das Wiener Treffen auf Außenministerebene beginnt, wie es gestern Gen. Orzechowski vorschlug.

Als Elemente unserer Position könnte man folgende in Betracht ziehen - ich nenne sie in vorläufiger Reihenfolge, zur Erörterung.

Wir müssen unsere Variante eines zusätzlichen Mandats für die Stockholmer Konferenz erarbeiten, um auf ihrer nächsten Etappe die Fragen der Abrüstung in Europa in den Mittelpunkt zu stellen.

Konkret könnte man vorschlagen, die Lage im Bereich der konventionellen Rüstungen in Europa im Komplex, selbstverständlich in Zusammenhang mit einer Senkung des Niveaus der nuklearen Konfrontation, zu erörtern. Es müssen gemeinsam solche Lösungen gesucht werden, die die gegenseitigen Verdächtigungen und Befürchtungen beseitigen würden. Auf diesem Gebiet steht uns eine umfangreiche und mühsame Arbeit bevor, um die Positionen der sozialistischen Länder selbst zu bestimmen.

Es wäre sinnvoll, die prinzipielle Position dazu noch vor dem Wiener Treffen und unabhängig vom Verlauf der Stockholmer Konferenz - zum Beispiel auf der nächsten PEA-Tagung - darzulegen.

Das bedeutet nicht, daß unser Interesse an positiven Vereinbarungen in Stockholm und in den Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa nachläßt. Auf diesen Foren vertreten unsere Länder aktive und konstruktive Positionen. Allerdings ist festzustellen, daß sich sowohl auf der Stockholmer Konferenz als auch bei den Wiener Verhandlungen in jüngster Zeit wieder eine Verhärtung der Haltung des Westens bemerkbar macht. Unter diesen Bedingungen würde es die Positionen der sozialistischen Länder noch mehr festigen, wenn die Frage des gesamten Komplexes der konventionellen Rüstungen in Europa initiativreich gestellt würde.

Ich denke, daß man bis zum Wiener Treffen umfassende Initiativen zum gesamten Fragenbereich des sogenannten zweiten Korbes der Schlußakte vorbereiten sollte. Offensichtlich werden in jedem unserer Länder die Möglichkeiten solcher Initiativen durchdacht. Es wäre gut, wenn dies auf kollektiver Grundlage geschehen würde, nachdem Inhalt und Form unserer Vorschläge gründlich durchgearbeitet sind.

Uns ist die Notwendigkeit einer offensiven Linie in den Fragen der Menschenrechte und der humanitären Zusammenarbeit grund-

sätzlich klar. Sie muß in Wien fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Mit diesen Überlegungen sind selbstverständlich die Aufgaben unserer Arbeit in der europäischen Richtung noch nicht erschöpft. Ein Vergleich unserer Einschätzungen und Schlußfolgerungen, ein kollektiver Meinungsaustausch wird es ermöglichen, eine Reihe anderer Fragen zu präzisieren und zu erhellen sowie neue Fragen abzustecken.

Genossen!

Ich komme nun noch ganz kurz auf einige regionale Probleme zu sprechen. Wir werden die Bruderländer mit maximaler Vollständigkeit und Operativität sowohl über den Stand der Dinge an den Konfliktpunkten der Welt als auch über die Anstrengungen der Sowjetunion zur Beilegung der bestehenden Krisen und zur Verhinderung neuer Spannungsherde informieren.

Was wäre hier besonders hervorzuheben?

Jeder der heute bestehenden Konflikte wird vom Imperialismus geschürt. Jeder Konflikt kann in jedem beliebigen Moment abrupt komplizierter werden. Daher ist es verständlich, wie notwendig die aktiven Bemühungen aller sozialistischen Länder sind, der imperialistischen Einmischung entgegenzuwirken und wie wichtig dabei ihre gemeinsame Solidarität ist.

Bei der Analyse der Tendenzen und Widersprüche der Welt von heute wurde auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU das wachsende Gewicht der Bewegung der Nichtpaktgebundenen hervorgehoben, der internationalen ökonomischen Sicherheit und dem Schuldenproblem der Entwicklungsländer große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Bedeutung dieser Sphäre ist mehr als offensichtlich. Und hier, so denken wir, ist es erforderlich, unsere gemeinsamen Aktivitäten zu verstärken, mit hoher Dynamik und großer Zielstrebigkeit zu wirken. Einiges haben wir schon geleistet, doch sicherlich noch nicht genug.

In vertraulicher Form möchte ich über den Verlauf der Verhandlungen über eine Regelung in Afghanistan informieren.

Vorige Woche weilte der persönliche Vertreter des Generalsekretärs der Organisation der Vereinten Nationen, Cordovez, in Kabul.

Geleitet von dem Bestreben, die Verhandlungen über eine Regelung voranzubringen, hat die afghanische Seite einen neuen, unserer Ansicht nach sehr wichtigen Schritt unternommen: Sie hat Cordovez den Entwurf eines Dokuments über einen wechselseitigen Zusammenhang übergeben, in dem konkrete Fristen für den Abzug der sowjetischen Truppen unter der Bedingung der Einstellung und der garantierten Nichtwiederaufnahme der Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten Afghanistans genannt werden. Selbstverständlich wurde dieses Dokument mit uns abgestimmt. Cordovez wertete allein die Tatsache, daß dieses Dokument übergeben wurde, als eine bedeutende, der pakistanischen Seite entgegenkommende Bewegung.

Somit ist nunmehr Pakistan mit Antwortschritten an der Reihe. Und natürlich auch die Amerikaner.

Genossen!

Uns alle erfüllt das Gefühl großer Befriedigung, daß die politische Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im vergangenen Jahr neue Dimensionen erreicht hat. Auf unserem gemeinsamen Aktivsaldo steht der Vorschlag eines umfassenden gemeinsamen außenpolitischen Programms, der auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Sofia unterbreitet wurde. Das sind auch die Initiativen der DDR und der CSSR zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa; die Deklaration Bulgariens und Rumäniens über die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone auf dem Balkan; die Vorschläge Polens, Ungarns und anderer verbündeter Staaten zur Festigung des Friedens und zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit - um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Abstimmung des Vorgehens auf der Ebene unserer Ministerien verbessert sich und wird operativer. Unsere Zusammenarbeit gründete sich allzeit auf eine prinzipielle, kameradschaftliche Basis. Und trotzdem muß man eingestehen, daß wir hier noch beträchtliche Reserven haben. Gehen wir doch davon aus, daß es für Konsultationen auf jeder Ebene keine Themen gibt, die tabu sind oder unberührt bleiben müssen. Machen wir es uns zur Regel: weniger Formalismus, mehr unmittelbarer kameradschaftlicher Kontakt.

Hoffen wir, daß die Gruppe für laufende gegenseitige Information, über deren Gründung wir vereinbarungsgemäß zu beschließen haben, jedem unserer Länder die Möglichkeit eröffnet, rechtzeitig nützliche aktuelle Informationen weiterzugeben, und dabei hilft, operativer und präziser auf die Ereignisse des internationalen Lebens zu reagieren.

Zweifelsohne ist uns allen klar, daß die Kompliziertheit und Aktualität der vor uns stehenden außenpolitischen Aufgaben es nachhaltig erforderlich machen, die Einheit und Geschlossenheit unserer Reihen weiter zu festigen. Dies ist das wichtigste und zuverlässigste Unterpfand weiterer Erfolge im Kampf für günstige äußere Bedingungen für den sozialistischen Aufbau in unseren Ländern.

Die sowjetischen Kommunisten sind der Überzeugung, daß die in nächster Zeit stattfindenden Parteitage der Bruderparteien unseren gemeinsamen Erfahrungsschatz bereichern und einen neuerlichen Beitrag zur Stärkung der Positionen des Sozialismus und zur Festigung des Friedens leisten werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!